

Jungsozialisten und Jungdemokraten – linke Wegbereiter von SPD/FDP

Auf den letzten Kongressen der Jungsozialisten in Hannover und der SPD in Essen im Juni dieses Jahres wurde deutlich: Jungsozialisten und SPD bilden eine Einheit, wenn es um den Machterhalt in Bonn geht. Zwar haben die Jungsozialisten in Hannover keine so extremen gesellschaftspolitischen Positionen laut werden lassen, wie es sonst bei ihnen üblich ist. In Thesen der Berliner Jungsozialisten aus dem Jahre 1973 wird z. B. Forderung „nach Eroberung und Umgestaltung der Staatsmacht und der aktiven Umwälzung der Gesellschaft mittels der Staatsgewalt“ erhoben. Eine Abkehr von diesen langfristigen Zielen ist aber auch in Hannover nicht erfolgt. Die Jusos haben sich gesellschaftspolitisch in Enthaltensamkeit geübt, um die Bürger vor den Bundestagswahlen nicht zu verschrecken. Die Jusos wollen den Erfolg der SPD, um dann über die Partei ihre systemverändernden Ziele durchzusetzen.

Aber auch in Hannover kam die sozialistische Grundhaltung der Jungsozialisten in den Reden und Beschlüssen, insbesondere zur Außen- und Abrüstungspolitik, ganz klar zum Ausdruck. Nicht die Sowjetunion, die Afghanistan überfallen hat, wird als Aggressor dargestellt, sondern in Verdrehung der Tatsachen die USA. In einem einstimmig gefaßten Beschluß der Jungsozialisten zur Abrüstungspolitik heißt es:

„Die Militärpolitik der USA zielt auf die Einkreisung der Sowjetunion, die sich abzeichnende Kooperation mit China und die Stützpunktpolitik im Indischen Ozean stellt eine schwere Bedrohung der Sowjetunion dar.“

Angeichts dieses Beschlusses ist die Haltung des SPD-Vorsitzenden Brandt auf dem Juso-Kongreß besonders erschreckend. In seiner Rede vor dem Kongreß bezeichnete Brandt die Aussagen der Jusos zur Sicherheitspolitik als „seriösen und gewichtigen Beitrag“. Er schloß mit den Worten:

„Es ist gut zu wissen, daß — wo es um die großen Dinge geht — man miteinander an einem Strang zieht.“

Hier wird deutlich, die SPD-Führung muß bei der Formulierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik auf die antiamerikanischen und prosowjetischen Strömungen bei den Jusos Rücksicht nehmen, und sie tut es, wie die halbherzigen Reaktionen von SPD-Kanzler Schmidt auf die Afghanistan-Krise zeigen.

Der Einfluß der Jungsozialisten auf die Politik der SPD macht es dringend notwendig, sich mit den Zielen dieser SPD-Vereinigung auseinanderzusetzen. Die Jusos sind die SPD von morgen.

Entwicklung seit 1969

Seit ihrem Bundeskongreß in München (1969) haben sich die Jungsozialisten endgültig von einer sozialdemokratischen zu einer marxistischen Organisation entwickelt. Gemeinsam mit ihren linken Ziehv Vätern und Fürsprechern in der Partei — so z. B. dem baden-württembergischen SPD-Vorsitzenden Eppler, mit dem niedersächsischen SPD-Chefideologen von Oertzen und einer Reihe von SPD-Bundestagsabgeordneten — versucht die Juso-Führung, die SPD von ihrem Kurs als sozialdemokratische Volkspartei abzubringen und in eine sozialistische Klassenpartei zu verwandeln.

Die Strategie der Jungsozialisten

Die Jungsozialisten streben eine sozialistische Gesellschaftsordnung an. Zwar gibt es bei den Jusos verschiedene Fraktionen wie die „Reformisten“, „Antirevisionisten“ und den „Stamokap-Flügel“, die marxistische Ausrichtung wird aber von allen Gruppierungen innerhalb des Verbandes geteilt. Sie findet ihren Niederschlag in zahllosen Grundsatzbeschlüssen und programmatischen Entschlüssen, wobei stets offenbleibt, wie diese sozialistische Ordnung im einzelnen auszusehen hat. „Jungsozialisten wollen die grundlegende Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft“, heißt es im Rechenschaftsbericht des Juso-Vorsitzenden Schröder auf dem Bundeskongreß in Aschaffenburg am 30. März 1979.

Bei ihrer Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland gehen die Jungsozialisten von dem marxistischen Ansatz aus; sie halten also unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für ein kapitalistisches System, das von dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktionsweise und privater Aneignung des geschaffenen Mehrprodukts geprägt sei.

Diesen Zustand wollen die Jusos durch eine „Strategie systemüberwindender Reformen“ bzw. eine „Strategie antikapitalistischer Strukturreformen“ überwinden. Hinter diesen Begriffen verbirgt sich die erklärte Absicht, solche gesellschaftspolitischen Veränderungen durchzusetzen, die einen unwiderruflichen Schritt in Richtung auf die angestrebte sozialistische Gesellschaftsordnung bedeuten. So heißt es beispielsweise in dem Beschluß des Dortmunder Bundeskongresses vom 26. bis 28. März 1976 zu den „Alternativen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“:

„Die Jungsozialisten halten eine Umverteilung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben zugunsten der Arbeitnehmer für zwingend geboten. Zur Finanzierung einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik fordern sie deshalb eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 80 % und eine entsprechende Anpassung der Progressionsstufen. Auf der Grundlage der gegenwärtigen Rechtslage (Stabilitätsgesetz) fordern die Jungsozialisten die Wiedereinführung einer zeitlich begrenzten progressiven Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen.“

In dem gleichen Beschluß beteuern die Jungsozialisten, daß diese und ähnliche Forderungen „ihrem Ansatz nach noch weitgehend mit dem Fortbestehen kapitalistischer Produktionsverhältnisse vereinbar“ seien; sie warnen dabei ausdrücklich vor dem Trugschluß, „die Abschaffung des Kapitalismus zugunsten des Sozialismus könnte durch bloßes Aneinanderreihen einzelner Teilreformen erreicht werden“. Dieses Ziel verlangt schon radikalere Maßnahmen.

„Aus dem unvereinbaren Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital erwächst also die Notwendigkeit, daß die arbeitende Bevölkerung die Grundlagen des kapitalistischen Herrschaftssystems, das private Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, beseitigt und die Entwicklung zum Sozialismus durchsetzt.“

Folgerichtig bezeichnet der Dortmunder Beschluß es als bleibende Aufgabe der Jungsozialisten, ihre grundsätzlichen antikapitalistischen Forderungen offensiv zu vertreten.

Aktionseinheit mit Kommunisten

Die Forderung nach Zusammenarbeit mit Kommunisten ist für die Jusos mittlerweile zu einer blanken Selbstverständlichkeit geworden. In einem Beschluß des Bremer Juso-Bundeskongresses vom 11. bis 13. Dezember 1970 heißt es bereits:

„Um die Zersplitterung der Arbeiterbewegung Westeuropas, die eine Aktions-einheit bisher größtenteils verhindert hat, wenigstens längerfristig aufzuheben, ist es die Aufgabe der Jungsozialisten, mit denjenigen politisch relevanten Organisationen der Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten, die wie die Jungsozialisten antikapitalistische Strukturreformen als Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus anstreben. Dazu gehören:

- die in den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften arbeitenden sozialistischen Gruppierungen und Fraktionen;*
- jene linkssozialistischen und kommunistischen Parteien und politischen Gruppierungen, die der politischen Programmatik der Jungsozialisten nahe stehen und zur Zusammenarbeit bereit sind.“*

Zwar hat die SPD zaghafte Versuche unternommen, die Zusammenarbeit der Jusos mit Kommunisten zu unterbinden und gegen den ehemaligen Juso-Vor-

sitzenden Benneter ein Exempel statuieren lassen — Benneter wurde aus der SPD ausgeschlossen —, aber in der Praxis laufen die Kontakte zwischen den Jungsozialisten und den Kommunisten wie eh und je. So konnte beispielsweise der frühere Juso-Bundesvorsitzende Carsten Voigt im November 1975 in der „Neuen Gesellschaft“ festhalten:

„Die Frage des Bündnisses zwischen Sozialisten und Kommunisten kann positiv entschieden werden, wenn die Zusammenarbeit nützlich ist für den demokratischen Sozialismus und die Entwicklung der Demokratie überhaupt.“

Seit Herbst 1976 ist Voigt SPD-Bundestagsabgeordneter.

Nach wie vor arbeiten Jungsozialisten mit Kommunisten zusammen:

- An rund 30 deutschen Hochschulen paktieren SPD-Mitglieder mit Kommunisten aller Schattierungen;
- Jungsozialisten und Kommunisten rufen gemeinsam zu Demonstrationen auf, wie z. B. zur Demonstration gegen die öffentliche Vereidigung von Wehrpflichtigen in Bremen im Mai dieses Jahres;
- Jungsozialisten und Kommunisten arbeiten gemeinsam in „Initiativen gegen Berufsverbote“.

Mit dieser, gemeinsam mit Kommunisten durchgeführten, sogenannten „Anti-Berufsverbotskampagne“ haben die Jusos den Kommunisten zu einem ihrer größten Erfolge nach dem Kriege in der Bundesrepublik Deutschland verholfen. Aufgrund des Druckes der Jungsozialisten und des linken Flügels der SPD hat die SPD auf ihrem Kölner Bundesparteitag im Dezember 1978 endgültig den Grundsatz der wehrhaften Demokratie aufgegeben. In Köln hat die SPD beschlossen, daß künftig Kommunisten ungehinderten Zugang zum Staatsdienst haben sollen und z. B. Richter, Lehrer oder Polizist werden können.

Aufgrund der Erfahrungen mit der „Anti-Berufsverbotskampagne“ haben die Jusos im Februar 1980 „eine gemeinsame Bürgerrechtsbewegung für demokratische und soziale Rechte“ angeregt. In einem Papier zur Funktion dieser geplanten Bürgerrechtsbewegung — abgedruckt im Juso-Informationsdienst Nr. 1/1980 — wird der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ausdrücklich bescheinigt, daß sie auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes stehe. In dem Papier heißt es u. a.:

„Seit Jahren hat sich die Hamburger Initiative ‚Weg mit den Berufsverboten‘ Verdienste im Kampf gegen das Berufsverbot und durch intensive Solidaritätsarbeit für die von Berufsverboten Betroffenen erworben. Die bisherige Form der Zusammenarbeit mit Betroffenen werden die Jungsozialisten beibehalten . . .“

„Grundlage der Mitarbeit in der Bürgerrechtsbewegung ist das glaubwürdige Bekenntnis zur Unveräußerlichkeit demokratischer Freiheitsrechte in jedem Land und in jeder Phase der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Daß die DKP und ihre Jugendorganisationen sich mit ihrer Politik auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen, bezweifeln die Jungsozialisten nicht.“

Innere Sicherheit

Im Abschnitt „Aktionseinheit mit Kommunisten“ ist bereits nachgewiesen, daß die Jusos durch ihre aktive Mitarbeit bei den sogenannten Anti-Berufsverbotskampagnen Kommunisten den Weg in den Staatsdienst geebnet haben.

Die Jungsozialisten haben in dieser Frage auf der ganzen Linie in der SPD gesiegt. Unser Staat ist nicht mehr in der Lage, dort, wo die SPD regiert, sich wirksam gegen Verfassungsfeinde zu verteidigen.

Dieses Zurückweichen vor dem politischen Extremismus ist bezeichnend für die Jusos. Ihre Forderung nach Aufhebung des § 88 a Strafgesetzbuch — in diesem Paragraphen ist die verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten unter Strafe gestellt — zielt in die gleiche Richtung: Tolerierung und sogar Förderung all der Kräfte, die unseren Staat in Richtung Sozialismus verändern wollen. Da wird sogar die Gewaltanwendung hingenommen. Auch in dieser Frage haben sich die Jusos in der SPD durchgesetzt. Im Juni 1980 hob die SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag § 88 a auf.

Konsequenterweise haben die Jusos auch die Besetzung des für Probebohrungen zur Atommüllagerung vorgesehenen Geländes bei Gorleben gerechtfertigt. Zur Gorleben-Besetzung erklärte der bis vor kurzem amtierende Juso-Bundesvorsitzende Schröder am 3. Juni dieses Jahres im Fernsehen: „Die Ausdrucksformen, finde ich, sind angemessen, müssen sein, müssen in unserer Gesellschaft vor allen Dingen sein.“ Darüber hinaus sind die Delegierten des letzten Juso-Kongresses in Hannover anlässlich ihres Kongresses nach Gorleben gefahren, um sich mit den Besetzern solidarisch zu zeigen. Die SPD-Spitze hat diese Billigung rechtswidrigen Handelns kommentarlos hingenommen.

Äußere Sicherheit

Der Juso-Kongreß in Hannover wurde beherrscht vom Themenkomplex „Entspannungspolitik/Abrüstung“. Die Haltung der Jusos in dieser Frage läßt sich nach Hannover in einem Satz zusammenfassen: Europa und die Bundesrepublik Deutschland müssen ihr Interesse an Frieden, Entspannung und Abrüstung verstärkt gegen die aggressiven USA durchsetzen, da die eigentliche Kriegsgefahr von den USA ausgeht. Der scheidende Bundesvorsitzende Schröder hat das in seinem Rechenschaftsbericht so ausgedrückt:

„Die Bundeswehr ist ein Instrument traditioneller Sicherheitspolitik. Die NATO ist es auch. Sie ist ebenfalls ein Instrument amerikanischer Vorherrschaft in Europa. Dies darf sie nicht bleiben.“ Weiter kritisierte Schröder den Bundesaußenminister Genscher wegen dessen „Vasallentreue zu den USA, um beinahe jeden Preis“.

Der wiedergewählte stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Wolf formulierte noch schärfer:

„Die USA haben damit eine friedensgefährdende Politik der Stärke eingeleitet, die zum Ziel hat, eine militärische Überlegenheit des Westens gegenüber den

Staaten des Warschauer Paktes zu erreichen. Vornehmlich die Konservativen und Reaktionäre um Strauß versuchen, die Bundesrepublik mit der fanatischen Beschwörung der westlichen Bündnistreue und anti-kommunistischer Hysterie gegenüber der UdSSR an diese US-Politik anzuhängen.“

Der einstimmig gefaßte Beschluß des Kongresses „Kriege verhindern, Entspannungspolitik fortsetzen, abrüsten“ sanktioniert diese pro-sowjetische Haltung:

„Die USA streben verstärkt nach Erhalt und Ausbau der militärischen Überlegenheit in der Welt und versuchen, ihre Bündnispartner auf denselben Kurs zu zwingen.“

„Die Militärpolitik der USA zielt auf die Einkreisung der Sowjetunion, die sich abzeichnende Kooperation mit China und die Stützpunktpolitik im Indischen Ozean stellt eine schwere Bedrohung der Sowjetunion dar.“

„Die NATO habe mit ihrem Beschluß vom Dezember 1979 ‚für akute Bedrohungslängste auf seiten der osteuropäischen Länder, insbesondere der Sowjetunion‘, gesorgt.“

„Durch die Nichtratifizierung von SALT II (Abrüstungsverträge) blockieren die USA die SALT-III-Folgeverhandlungen, zwingen der UdSSR einen neuen Rüstungswettlauf auf und verschaffen sich selbst eine neue Überlegenheit gegenüber der UdSSR.“

„Sozialdemokratische Außenpolitik darf nicht durch Gesinnungsgemeinschaft und Solidarität mit Imperialisten und Kriegstreibern, sondern muß durch Solidarität mit den Unterdrückten und für den Frieden gekennzeichnet sein.“

Die politische Anpassung an die Sowjetunion und die DDR wird in einem gemeinsamen Kommuniqué zwischen der FDJ — Freie Deutsche Jugend, kommunistischer Jugendverband der DDR — und der Jusos besonders deutlich:

„Beide Organisationen (FDJ und Jusos) stimmen in den Fragen der Friedens- und Entspannungspolitik überein.“

Dieser Erklärung stimmten die Jusos am 24. März 1978 zu, also nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan (PPP Nr. 50 vom 24. März 1980). Darüber hinaus wollen die Jusos und die FDJ noch in diesem Jahr ein gemeinsames Seminar zu Fragen der Abrüstungs- und Entspannungspolitik abhalten. Der SPD-Nachwuchsverband ist zur offenen Vorhut der Moskau-Fraktion der SPD geworden.

Schlußfolgerung:

Die Jungsozialisten haben sich bereits in entscheidenden Fragen der Inneren Sicherheit, wie oben nachgewiesen, in der SPD durchgesetzt. Die SPD hat den Grundsatz der wehrhaften Demokratie gegenüber Kommunisten aufgegeben. Es ist nicht auszuschließen, daß die Jusos mit ihren Beschlüssen zur Sicherheits- und Entspannungspolitik in der SPD ebenfalls durchdringen. Der SPD-Vorsitzende Brandt sprach ja bereits in diesem Zusammenhang von einem „seriösen und gewichtigen Beitrag“ der Jusos.

Die Jungdemokraten

Die Jungdemokraten sind die „Linksaußen“ der FDP. In ihren inhaltlichen Aussagen unterscheiden sich die Judos kaum von den Jusos. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan hat die Judos genausowenig zum Umdenken bewegen können wie die Jusos. Auch die Judos arbeiten eng mit Kommunisten zusammen, wie z. B. im „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“.

Die Judos sind zwar zahlenmäßig im Vergleich zu den Jusos nur ein sehr kleiner Verband. Genaue Mitgliederzahlen sind nicht bekannt. Insgesamt dürfte es etwa 10 000 Judos geben. Aber bei der insgesamt sehr niedrigen FDP-Mitgliederzahl haben sie ein erhebliches Gewicht.

Der Judo-Vorsitzende Strässer sitzt im FDP-Bundesvorstand. In Fragen der Inneren Sicherheit hat sich die FDP z. B. die Forderung der Judos nach Abschaffung der wenigen bestehenden Anti-Terrorismuse Gesetze zu eigen gemacht. Die FDP, die ums Überleben kämpfen muß, klammert sich an jeden Strohalm. In dieser Situation ist die FDP bereit, auch sehr linke Positionen zu tolerieren oder gar zu übernehmen. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß der FDP-Vorsitzende Genscher sich von den Erklärungen der Judos zu Afghanistan distanzierte. Die Jungdemokraten haben ihre Forderungen zur Bundestagswahl 1980 in 90 Thesen zusammengefaßt. In diesen Thesen heißt es u. a.:

Zur Inneren Sicherheit:

„Die im Zuge der Terrorismushysterie beschlossenen sogenannten Anti-Terror-Gesetze sind ersatzlos zu streichen. Hierzu gehören u. a. das Kontaktsperre-gesetz, das Razziengesetz, die Gewaltenparagrafen 88 a und 130 a und die Möglichkeit des Verteidigerausschlusses.“

Mit diesen Forderungen machen die Judos einen Schutz gegen Terroristen zunichte.

„Die Gesinnungsschnüffelei im Zusammenhang mit dem 1972 beschlossenen Ministerpräsidentenerlaß muß ein Ende haben; der Erlaß ist deshalb ersatzlos aufzuheben und die vom Berufsverbot Betroffenen zu rehabilitieren.“

Die Judos haben gemeinsam mit den Jusos und Kommunisten die sogenannte „Anti-Berufsverbotskampagne“ ins Leben gerufen. Ihr bisheriger Erfolg, daß FDP und SPD es zulassen, daß Kommunisten z. B. Lehrer, Richter oder Polizeibeamte werden können, reicht ihnen noch nicht aus. Die Judos wollen die totale Kapitulation des Staates vor seinen Feinden.

„Im Betäubungsmittelgesetz ist eine Unterscheidung zwischen weichen (Marihuana, Haschisch) und harten Drogen (Heroin, Opium) vorzunehmen. Der Besitz weicher Drogen in geringen Mengen darf nicht weiter strafrechtlich verfolgt werden. Bei Drogenabhängigen ist die Haftstrafe durch Therapie zu ersetzen.“

Mit diesem Beschluß verharmlosen die Judos die weichen Drogen. Nach einheitlicher Auffassung der Wissenschaftler sind gerade die leichten Drogen die Einstiegsdrogen für das Abhängigwerden und den Verbrauch von harten Drogen, die in sehr vielen Fällen zum Tode führen. Allein 1979 betrug die Anzahl der Rauschgifttoten über 600.

Deutschlandpolitik

„Konsequente Fortsetzung der Deutschland- und Ostpolitik. Zur Sicherung des Friedens in Europa darf es keine Tabus geben, deshalb ist die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft zu erreichen.“

Die Judos haben mit diesem Beschluß die deutsche Teilung für sich als endgültig anerkannt. Sie verstoßen damit gegen das Grundgesetz. Sie haben sich dem Standpunkt der DDR angeschlossen. Die Judos unterhalten darüber hinaus enge Kontakte zum offiziellen DDR-Jugendverband „FDJ“.

Außen- und Sicherheitspolitik

Eine große Gruppe innerhalb der Judos weigert sich bis heute, den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan öffentlich zu kritisieren und verhindert sogar, daß dieses Problem von den Judos im oben bereits genannten „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“, in dem auch Kommunisten mitarbeiten, überhaupt angesprochen wird. (Vgl. Vorwärts vom 6. März 1980.)

In der Verurteilung des „amerikanischen Imperialismus“ sind sich die Judos einig:

„Wir brauchen keine Neutronenwaffen, keine neuen Mittelstreckenraketen, und wir brauchen erst recht keine ‚Eingreifreserve‘ nach amerikanischem Imperialismuster.“ (Pressemitteilung der Judos vom 30. August 1979.)

Konsequent fordern die Judos deshalb die „Aussetzung der NATO-Entscheidung zur Produktion von Mittelstreckenraketen und deren Stationierung in Mitteleuropa für mindestens zwei Jahre“. Weiter wird eine „wirksame Vorleistung der Bundesrepublik im konventionellen Bereich“ verlangt.

Mit ihren 90 Thesen zur Bundestagswahl haben die Judos allen Bürgern offengelegt: Wir stehen links.

Die Judos haben sich in Fragen der Inneren Sicherheit ebenso in der FDP durchgesetzt wie die Jusos in der SPD. Die Judos drängen die FDP weiter auf den Marsch nach links.